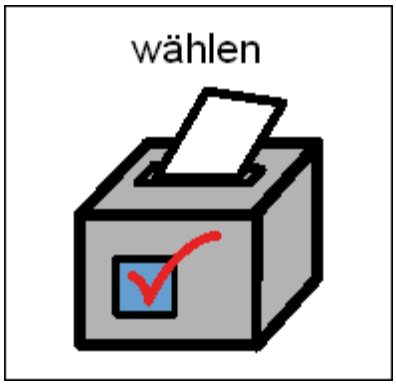
Beirat für Menschen mit Behinderung in der Stadt Ansbach

Wahlprüfsteine

zur Bundestagswahl 2017



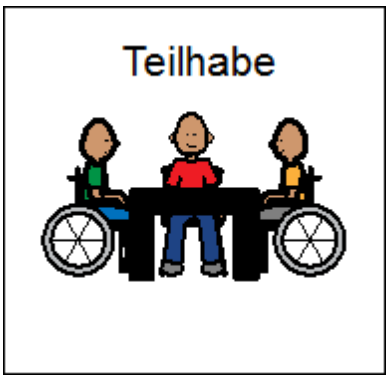
ANTWORTEN

Dr. Herbert Sirois

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Themenbereich 1

Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben



Die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben ist in der UN-Behindertenrechtskonvention Artikel 29 festgeschrieben.
Das beinhaltet die Möglichkeit, sich vor der Wahl politisch zu informieren, aber auch passiv oder aktiv an Wahlen teilnehmen zu können.
Wählern mit Behinderung ist die Teilhabe an politischen Prozessen durch Barrieren im Vorfeld und während der Wahl erschwert.

Frage an die Parteien:
Wie sorgen Sie dafür, dass Ihre Wahlprogramme und Informationen zu Ihrer Partei barrierefrei gestaltet sind?

Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
Die GRÜNEN haben seit ihrer Gründung das Thema Barrierefreiheit großgeschrieben. Wir achten bei allen Veranstaltungen auf barrierefreie Zugangsmöglichkeiten und haben bereits 2012 einen Leitfaden „Inklusion für die Parteiarbeit“ beschlossen. Bei allen Großveranstaltungen sind Gebärdendolmetscher selbstverständlich und unseren 10 Punkte-Plan haben wir in Videos mit Gebärdensprache auf die Homepage unserer Partei gestellt! Zu finden unter:
https://www.gruene.de/ueber-uns/2017/10-punkte-fuer-gruenes-regieren-gebaerdensprache.html
Alle wichtigen Informationen zu unseren Positionen sind natürlich netzgestützt erreichbar und seit vielen Jahren erstellen die GRÜNEN ihr Wahlprogramm immer auch in leichter Sprache! Folgend der Link zur entsprechenden Version des aktuellen Wahlprogramms:
https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_LeichteSprache.pdf
Der Kreisverband Ansbach hält auch Exemplare unseres Wahlprogramms in leichter Sprache in gedruckter Version im GRÜNEN Büro in Ansbach, Fischerstraße 6a, vor. Gerne senden wir Ihnen einige Exemplare zu.

Frage an die Parteien:

Was tun Sie, damit alle Wahllokale barrierefrei zugänglich sind, sowie die Wahlunterlagen barrierefrei gestaltet sind?

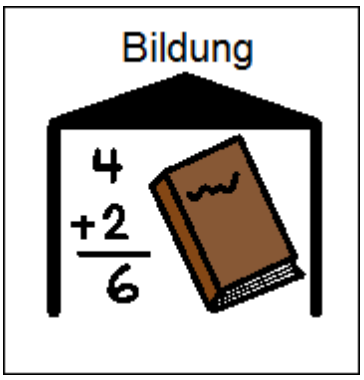
Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

Wir achten mit unserem Vertreter im Wahlausschuss (Wahlkreis Ansbach) sehr darauf, dass die für Bayern geltende Regelung, Wahlräume möglichst so auszuwählen und einzurichten, dass auch behinderten Menschen und Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen eine Teilnahme an der Wahl ermöglicht wird, Beachtung findet! Die Gemeinden müssen frühzeitig mitteilen, ob Wahlräume barrierefrei sind - oftmals bereits auf den Wahlbenachrichtigungen.

Betroffene können so gegebenenfalls auf besser erreichbare Wahlräume ausweichen oder ihre Stimme per Briefwahl abgeben.

Darüber hinaus können Wahlberechtigte, die zum Beispiel wegen einer Seh- oder anderweitigen körperlichen Behinderung einer Hilfe bei der Stimmabgabe bedürfen, eine andere Person bestimmen, deren Assistenz sie sich bei der Stimmabgabe bedienen wollen. Blinde und sehbehinderte Menschen können sich zur selbständigen Kennzeichnung des Stimmzettels auch einer Stimmzettelschablone bedienen. Alle diese Regelungen unterstütze ich ausdrücklich!

Themenbereich 2



Bildung / Erwachsenenbildung

Bildung ist ein wichtiges Gut für alle Menschen. Im Artikel 24 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen heißt es unter (2) d) …,dass Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern…“.
Deshalb ist es wichtig, dass Menschen mit Behinderungen der Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten inklusiv offen steht.
Barrierefreie Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen bilden wichtige Vorraussetzungen auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben.
Auch die Teilhabe an Weiterbildungsmöglichkeiten fördert den Aufbau und das Weiterentwickeln von lebenspraktischen Fähigkeiten und das Erlangen von sozialen Kompetenzen. Sie bietet eine Chance für Entwicklungsmöglichkeiten jedes einzelnen Menschen.
Dazu benötigt es Angebote (VHS und andere Anbieter), in kleinen Gruppen und ggf. in leichter Sprache, um Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am lebenslangen Lernen zu erleichtern.

Frage an die Parteien:
Welche Rahmenbedingungen sind Sie bereit zu schaffen, um Menschen mit Behinderungen ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen?

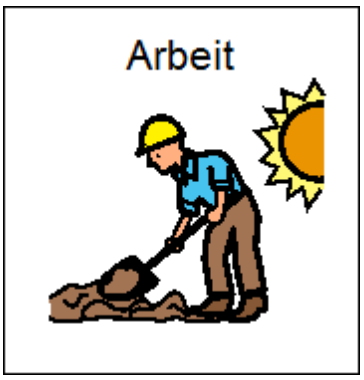
Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
Jede*r soll die Unterstützung erhalten, die er/sie benötigt. Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die frei von Barrieren sowie frei von Vorurteilen und Diskriminierung ist. Eine inklusive Gesellschaft trifft Vorkehrungen und schafft Rahmenbedingungen, damit ALLE teilhaben können. So steht es in unserem Wahlprogramm. Wir sind hier allerdings noch weit von einer Umsetzung entfernt. Aus persönlicher Erfahrung, eine meiner Schwestern ist gehörlos, und durch meine berufliche Praxis als Dozent an einer

Hochschule erlebe ich dieses Defizit fortlaufend. Ich werde mich deshalb immer für einen behutsamen Weg der Inklusion einsetzen, der die Rechte aller Betroffenen achtet.

Frage an die Parteien:
Welche Ideen haben Sie, um Menschen mit Behinderung in diese Planungen mit einzubinden?

Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
Ich habe mich immer für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der politischen Arbeit eingesetzt und sehe mich hier auch voll auf der Linie der GRÜNEN. In diesem Zusammenhang verweise ich nochmals auf den Leitfaden „Inklusion für die Parteiarbeit". Direkte Beteiligung ist immer besser als externe Beratung. Nichtsdestotrotz müssen die Möglichkeiten für Verbände und Organisationen verbessert werden (Ausstattung, rechtliche Einspruchsmöglichkeiten, verpflichtende Konsultation usw.), die der Politik Vorfeldberatung zu sensiblen Themen in Bezug auf das Leben von Menschen mit Behinderungen anbieten - von öffentlichen Baumaßnahmen über Inklusion bis hin zu sozialgesetzlichen Regelungen.

Themenbereich 3



Teilhabe an beruflicher Bildung und Arbeit

Die UN-Behindertenrechtskonvention benennt das Recht auf Arbeit für alle Menschen mit Behinderung im Artikel 27. Weitere Rechtsgrundlagen bilden das Schwer-behindertenrecht (Schwbg), sowie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).
Leider finden Menschen mit Behinderung nur schwer eine berufliche Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt. Viele Firmen zahlen lieber die Ausgleichsabgabe, als dass sie Menschen mit einer Behinderung einstellen.

Frage an die Parteien:
Welche Ideen und Initiativen werden Sie in den Bundestag einbringen, damit für Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst der Zugang zur beruflichen Bildung und zur Teilhabe am Arbeitsleben sichergestellt wird?

Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
Die Arbeitswelt muss gerechter gestaltet werden. Menschen mit Behinderung haben das gleiche Recht, durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen.
Dazu muss sich ihr Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern. Die Schwerbehindertenvertretung ist deshalb dringend zu stärken.
Das Budget für Arbeit, die unterstützte Beschäftigung und Inklusionsfirmen erleichtern den Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt und sind deshalb auszubauen.
In den Werkstätten für Menschen mit Behinderung muss allen, die den Einstieg nicht schaffen, ein fair entlohntes Arbeitsangebot gemacht werden. Das „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Leistung“ als Voraussetzung für die Werkstätten sollte man abschaffen.

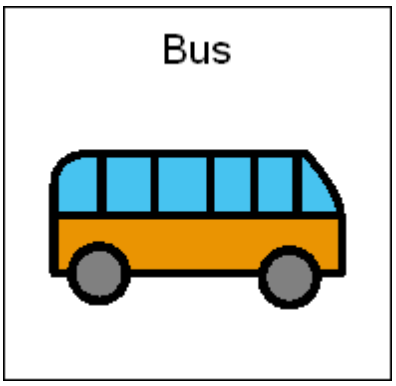
Frage an die Parteien:

Wie wollen Sie Firmen motivieren, die Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte einzuhalten?

Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

Eine Lösung auf der Grundlage von Aufklärung und Freiwilligkeit hat leider wenig Erfolg gezeigt. Entsprechend fordere ich die Ausgleichsabgaben deutlich zu erhöhen und damit Betriebe zu fördern, die über ihre Quote hinaus Menschen mit Behinderung ausbilden und beschäftigen!

Themenbereich 4



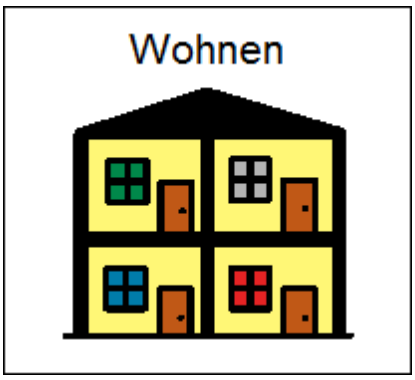
Mobilität

Menschen mit Behinderungen sind oft mobilitätseingeschränkt.
So können öffentliche Verkehrsmittel aufgrund von Barrieren oder persönlichen Einschränkungen oder aufgrund zu geringem oder keinem Angebot nicht genutzt werden, es entsteht auch hier nach dem Prinzip des Nachteilsausgleichs ein Unterstützungsbedarf.
Um als Mensch mit Behinderung selbstständig und selbstbestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen, ist es wichtig einen barrierefreien Zugang zum ÖPNV zu erhalten. Barrierefrei heißt, neben einem rollstuhlgerechten Zugang, hier auch visuelle und sprachliche Informationen (im zwei Sinne Prinzip) vorzuhalten.

Frage an die Parteien:
Wie setzen Sie sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen mobiler, ohne fremde Hilfe sicher und angstfrei öffentliche Verkehrsmittel nutzen können?

Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
Die Mobilität von Menschen mit Behinderungen gehört zu den zentralen Voraussetzungen einer selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe. Im Bestreben, Partizipation, Selbstbestimmung, Wahlmöglichkeiten und Inklusion für jeden Menschen zu erreichen, muss Mobilität als fundamentale Voraussetzung ermöglicht werden. Dabei stehen die Aspekte Verkehrstechnik und Pädagogik im Vordergrund. Deshalb strebe ich es an, einerseits die Strukturen zu verändern, d.h. den Straßenverkehr barrierefreier und kommunikationsfreundlicher zu gestalten und andererseits die Menschen durch eine adäquate, öffentlich finanzierte Mobilitätsbildung auf die Teilnahme am Straßenverkehr vorzubereiten.

Themenbereich 5



Wohnen

Wohnen gehört zu den wesentlichen und umfassenden Lebensbereichen des Menschen. Entsprechend Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention können Menschen mit Behinderung ihren Wohnort selbst wählen und entscheiden, wo, wie und mit wem sie leben wollen.
Das heißt auch, dass sie nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben. Auch Menschen mit hohem Hilfebedarf müssen ambulant unterstützt werden können. Deshalb müssen dringend weitere Angebote geschaffen werden, die sich nach den individuellen Bedürfnissen der Menschen in ihren jeweiligen Lebensphasen richten.
Die Angebote müssen durchlässig sein: Menschen, die ambulant leben, müssen bei Bedarf notwendige Unterstützungsleistungen erhalten.

Frage an die Parteien:
Was werden Sie tun, damit durchlässige Wohnangebote – egal ob ambulant, teilstationär oder stationär – für Menschen mit Behinderung bedarfsgerecht ausgebaut und innovativ weiterentwickelt werden?

Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
Die gezielte Förderung von Siedlungsgemeinschaften, Mehr-Generationen-Häusern, Wohn-Gemeinschaften oder Wohngruppen muss ausgebaut werden. Durch Assistenzen und ambulante Hilfe für zu Hause können viele Menschen mit Behinderung selbstbestimmt, allein, mit Partner oder Familie wohnen. Das Wohnheim mit einer 24-Stunden-Betreuung wird es allerdings auch in der Zukunft geben müssen. Wie in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Artikel 19) ausgeführt, muss das Ziel sein, Menschen mit Behinderung gleichberechtigte Möglichkeiten zu schaffen, ihren Aufenthaltsort frei zu wählen und zu entscheiden, mit wem sie leben. Sie dürfen nicht auf eine besondere Wohnform verpflichtet sein.

Frage an die Parteien:

Was werden Sie dafür tun, dass ausreichend Wohnraum für Menschen mit Behinderung geschaffen werden kann, der auch bezahlbar ist, z.B.: In öffentlich geförderte Wohnungen?

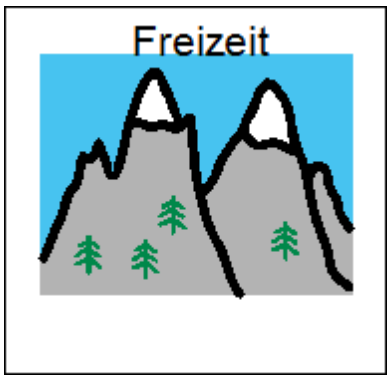
Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

Wer heute eine bezahlbare Wohnung braucht, sucht oft die berühmte Nadel im Heuhaufen. Viele Menschen mit Einschränkungen bangen bei explodierenden Mietpreisen um ihre Wohnungen. Mancherorts müssen Mieterinnen und Mieter jeden dritten Euro ihres Nettoeinkommens allein für das Wohnen bezahlen.

Deshalb fordere ich mit einer robusten Mietpreisbremse die Entlastung der Mieterinnen und Mieter zu gewährleisten. Allerdings ist die Mietpreisbremse kein ausreichendes Mittel, um den rasanten Anstieg der Mieten zu begrenzen.

Nur ein massiver Ausbau des sozialen Wohnungsbaus kann hier durch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum die Lage entschärfen.

Themenbereich 6



Freizeit

Die freie Zeit zu gestalten ist von wichtiger Bedeutung für alle Menschen. Freie Zeit bietet Erholung, Regeneration und das Verfolgen von Ideen und Wünschen zur Gestaltung des eigenen Lebens. Soziale Kontakte und das Leben in einer Gemeinschaft werden hier gepflegt. Die Möglichkeit gleichberechtigt an kulturellen, sportlichen, gesundheitsfördernden oder auch kirchlichen Veranstaltungen teilzunehmen ist ein unabdingbares Muss für alle Bürgerinnen und Bürger. Um das zu gewährleisten sind die Freizeit-, Begegnungs- und Sportstätten so zu gestalten, dass sie jederzeit von allen nutzbar sind. Wichtig hierbei ist es auch, Veranstalter darauf hinzuweisen ihre Angebote für Menschen mit Behinderung zu öffnen und sie barrierefrei zu gestalten.

Frage an die Parteien:

Was werden Sie konkret dafür tun, dass Freizeitangebote und Freizeiteinrichtungen in Zukunft inklusiver werden und somit eine Teilhabe aller Menschen gewährleistet werden kann?

Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

Wo im öffentlichen Raum neu gebaut wird und wo Neues entsteht, ist Barrierefreiheit bereits überall Pflicht. Dagegen gibt es nur schwache Regelungen für den Bestand. Als GRÜNER fordere ich, dass auch der Privatsektor verpflichtet wird, angemessene Vorkehrungen zur Sicherung von Barrierefreiheit zu ergreifen! Private Anbieter von Dienstleistungen und Produkten machen einen Großteil des öffentlichen Lebens aus. Ich fordere daher eine gesetzliche Grundlage für diskriminierungsfreie Teilhabe im gesamten öffentlichen Leben. Barrierefreiheit ist auch der Wirtschaft zuträglich und nutzt am Ende allen Menschen.

Frage an die Parteien:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, auf Dienstleister einzuwirken, um auch hier Barrierefreiheit zu erreichen?

Antwort Dr. Herbert Sirois, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

Zuallererst müssen die vielfältigen rechtlichen Instrumente zur Durchsetzung von Barrierefreiheit konsequent genutzt werden. Öffentlich finanzierte Rechtshilfefonds könnten hier ein wirksames Mittel sein.

Daneben ist allerdings das Engagement der gesamten Gesellschaft gefordert, um noch bestehende Barrieren abzubauen. Dies braucht Aufklärung und Werbung für die resultierenden Vorteile.